



Sehr geehrter Herr Savvidis -

Sie haben sich als Kandidat zur Bundestagswahl zur Verfügung gestellt.

Die deutsche Politik hat sich aus historischer Verantwortung einer sicheren Zukunft für das jüdische Volk verschrieben. Ganz besonders liegt hier das Augenmerk auch auf dem Existenzrecht und der Sicherheit des Staates Israel.

Allerdings wird die Politik Israels in Bezug auf die Palästinenser nicht nur in Deutschland zunehmend kritisch gesehen. Auch das palästinensische Volk hat ein Recht auf eine gesicherte Existenz innerhalb eines souveränen Staates. Im vergangenen Jahr wurde dies durch die Anhebung des Status' Palästinas bei der UN von der internationalen Staatengemeinschaft unterstrichen.

Das Heilige Land ist und bleibt ein Spannungsfeld. Als Thema im politischen Diskurs der deutschen Regierung liegt es mir als Wahlberechtigtem besonders am Herzen. Daher möchte ich mich informieren, welche Haltung Sie zu den folgenden Problemstellungen einnehmen. Die Antwort wird unter www.eappi-netzwerk.de veröffentlicht:

1. Israel hält seit 1967 die Westbank inklusive Ost-Jerusalem und den Gaza-Streifen besetzt. Auch wenn Verantwortung im Bereich der Verwaltung teilweise auf die Palästinensische Autonomiebehörde übertragen wurde bestimmt Israel als Besatzungsmacht insgesamt das Leben der Palästinenser in diesen Gebieten. Über eine halbe Millionen jüdische Siedler haben sich in der Zwischenzeit in der Westbank und Ostjerusalem niedergelassen. Nicht nur sind die natürlichen Ressourcen wie Wasser und Zugang zu Farmland ungleich verteilt, auch werden die beiden Bevölkerungsgruppen durch zwei Rechtssysteme unterschiedlich behandelt, wobei die Palästinenser unter Militärrecht offen diskriminiert werden. Durch die Besatzung hat sich damit über die letzten 45 Jahre ein großes Ungleichgewicht im Sinne der Behandlung von Israelis und Palästinensern durch den Staat Israel eingestellt.

Frage: Ist in Ihren Augen die Beendigung der Besatzung eine Bedingung für einen gerechten Frieden für Israelis und Palästinenser?

Ja, eine Beendigung der Besatzung durch Israel ist für einen gerechten Frieden zwischen Israel und Palästina unabdingbar und muss ein wichtiges Ziel aller Verhandlungen sein. In welchem Schritt des Verhandlungsprozesses die Beendigung erfolgen soll, muss frühzeitig und eindeutig konkretisiert werden.

2. Friedensverhandlungen zwischen Israelis und Palästinensern hatten bis zum heutigen Tag stets eine Zwei-Staaten-Lösung zum Ziel. Für das Sicherheitsbedürfnis des jüdischen Volkes und das Streben nach Souveränität der Palästinenser scheint dies auch weiterhin theoretisch die naheliegende Lösung des Jahrzehnte dauernden Konflikts. Die Realitäten vor Ort lassen dieses Szenario allerdings äußerst unrealistisch erscheinen. Vor allem die Siedlungs-aktivitäten nachfolgender israelischer

Regierungen in der Westbank verhindern die Einrichtung eines palästinensischen Staates in einem zusammenhängenden Gebiet.

Frage: Halten Sie die Zwei-Staaten-Lösung weiterhin für realistisch und erstrebenswert? Wenn JA: Welche Schritte sollte die zukünftige Bundesregierung unternehmen, um diese Lösung zu unterstützen? Wenn NEIN: Welches Szenario halten Sie für realistischer oder eher erstrebenswert?

Die LINKE hält eine Zwei-Staaten-Lösung nach wie vor für unbedingt erstrebenswert und der schlechten Bedingungen zum Trotz immer noch für realistisch. Eine zukünftige Bundesregierung sollte sich viel stärker als die Vorherigen für diese einsetzen. Hier sind verschiedene Maßnahmen vorstellbar: Enge Gespräche mit Israel darüber wie einerseits ihr Sicherheitsbedürfnis stärker berücksichtigt und gleichzeitig der Siedlungsbau gestoppt werden kann. Die Kräfte in Israel und in Palästina, die ehrlich an einer Friedenslösung interessiert sind, müssen gestärkt werden. Denn die Mehrheit in beiden Bevölkerungen ist für die Zwei-Staaten-Lösung. Zudem sollte die Eigenstaatlichkeit Palästinas weiter voran getrieben werden. Hier könnte sich die Bundesregierung, die sich beim Antrag der Palästinenser auf Vollmitgliedschaft in der UN ja auch nur enthalten hat, aktiv innerhalb der UN für einen Staat Palästina einsetzen. Dem EU-Nahost-Quartett muss neues Leben eingehaucht und gegenüber den USA deutlich gemacht werden, dass Obama auch aufgrund seiner Ankiündigung einer Umsetzung der Zwei-Staaten-Lösung viel Zuspruch in der Welt bekommen hat und dieses Versprechen auch einlösen muss.

3. Im Rahmen der Friedensverhandlungen von Oslo und mit Ausblick auf die Schaffung eines souveränen palästinensischen Staates stimmte die damalige Palästinenserführung einer Aufteilung der Westbank in drei Zonen zu. Bis heute hat sich diese Aufteilung nicht wesentlich verändert. Weiterhin hält die Palästinensische Autonomiebehörde die alleinige Kontrolle nur über etwa 18% der Westbank. Immerhin etwa 62% der Westbank stehen unter vollständiger ziviler und militärischer Verwaltung durch Israel. In diesem Gebiet liegen die israelischen Siedlungen, die nach internationalem Recht illegal sind. Gleichzeitig erhalten die Palästinenser hier nur in 4 von 100 Fällen Baugenehmigungen und werden so entweder zu illegaler Bautätigkeit (die Folgen sind meist Hauszerstörungen) oder Umsiedlung in die A und B Gebiete gezwungen.

Frage: Wie sollte die zukünftige Bundesregierung auf den Tatbestand des zunehmenden illegalen israelischen Siedlungsbaus in der Westbank bei gleichzeitiger Verweigerung des Rechts auf Wohnraum für Palästinenser in den C-Gebieten reagieren?

Mit der anhaltenden Ausweitung der völkerrechtswidrigen israelischen Besiedlung der „C-Gebiete“ sinkt die Chance eine Zweistaatenlösung herbeizuführen rapide. Die zukünftige Bundesregierung sollte sich stärker dafür einsetzen, dass der illegale Siedlungsbau gestoppt wird. Hierzu sollte sie gemeinsam mit den europäischen Partnern das Gespräch mit der israelischen Regierung suchen, um deutlich zu machen, dass ein Stopp des Siedlungsbaus für erfolgversprechende Friedensgespräche unabdingbar ist. Durch Siedler verursachte Gewalt sollte zudem konsequent strafrechtlich verfolgt werden.

4. Deutschland unterstützt finanziell Projekte in der Westbank, mit denen z.B. Solaranlagen in palästinensischen Dörfern gebaut werden und damit der örtlichen Bevölkerung Zugang zu Elektrizität verschafft wird. Einige dieser Projekte liegen in den C-Gebieten und erhalten daher keine offizielle Genehmigung durch die israelische Militärverwaltung. Auch wenn es noch nicht zu konkreten Zerstörungen deutscher Projekte in der Westbank gekommen ist liegen doch mehrere Zerstörungsanordnungen vor, die jederzeit ausgeführt werden könnten.

Frage: Wie sollte die Bundesregierung Ihrer Meinung nach reagieren, wenn den Bestrebungen deutscher Entwicklungspolitik derart rigide entgegen-getreten wird?

Die Bundesregierung sollte die sofortige Rücknahme aller Abrissgenehmigungen einfordern. Dann muss gemäß dem Oslo-Abkommen ein Prozess eingeleitet werden, der die Übernahme der Verwaltung der C-Gebiete in die palästinensischen Stadt- und Regionalverwaltungen begünstigt. Die Bundesregierung sollte den Bau von Infrastrukturprojekten in den C-Gebieten verstärkt fördern und entsprechende Genehmigungen einfordern. Beachten sie hierzu auch die Kleine Anfrage der Linksfraktion im Bundestag „Willkürliche Zerstörungen von Infrastruktureinrichtungen durch Israel in den so genannten C-Gebieten des besetzten Westjordanlandes“ (BT-Drucksache 17/9289)

5. Etwa 300 palästinensische Kinder und Jugendliche sind ständig in israelischen Gefängnissen; mit ihrer Behandlung verstoßen die israelischen Behörden gegen internationales Recht (Eltern werden nicht über den Verbleib ihrer Kinder informiert, Anwälte werden nicht zugelassen, Verfahren vor Militärgerichten, Gefängnisstrafen ab dem Alter von 12 Jahren möglich).

Frage: Halten Sie es für akzeptabel, dass Israel verschiedene rechtliche Standards an die Behandlung jüdischer oder palästinensischer Kinder anlegt? Wo sehen Sie Möglichkeiten für die deutsche Politik, diesem Unrecht entgegenzutreten?

DIE LINKE möchte, dass alle Kinder auf der Welt einen den höchstmöglichen Schutz genießen. Dementsprechend wendet sie sich grundsätzlich gegen die Inhaftierung von Kindern. Die inhaftierten palästinensischen Kinder müssen freigelassen und betreut werden.

Es ist schade, dass Israel sich der Prüfung im UN-Menschenrechtsrat entzogen hat. Der Menschenrechtsrat bietet einen guten Rahmen, um solches Unrecht zu adressieren.

In Erwartung Ihrer Antwort verbleibe ich mit freundlichen Grüßen

....

Das Ecumenical Accompaniment Programme in Palestine and Israel (EAPPI), ein Programm des Ökumenischen Rats der Kirchen (ÖRK), unterstützt lokale und internationale Anstrengungen zur Beendigung der israelischen Besatzung und will zu einer Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts durch einen gerechten Frieden beitragen. Das deutsche EAPPI Netzwerk dient der Vernetzung der ehemaligen deutschen TeilnehmerInnen des Programms und der Durchführung gemeinsamer Aktivitäten zum Thema Palästina und Israel in Deutschland. Die Aktion „Wahlprüfsteine“ wird vom deutschen EAPPI Netzwerk durchgeführt. Bei Fragen wenden Sie sich bitte an kontakt@eappi-netzwerk.de.